

Schweizer Bischöfe: Minarett-Verbot Hindernis für Integration

Die Entscheidung des Schweizer Stimmvolkes für ein Minarettverbot ist nach Überzeugung der Schweizer Bischöfe "ein Hindernis und eine grosse Herausforderung" auf dem gemeinsamen Weg der Integration "im Dialog und in gegenseitigem Respekt". Es sei offensichtlich nicht genügend gelungen, den Bürgern vor Augen zu führen, dass das Bauverbot für Minarette "das gute Zusammenleben der Religionen nicht fördert, sondern diesem schadet". Der Abstimmungswahlkampf mit seinen Übertreibungen und Verzeichnungen hat vor Augen geführt, dass der Religionsfriede "keine Selbstverständlichkeit ist und immer wieder neu errungen werden muss".

Hauptvoraussetzung für die Bewältigung der Probleme auf diesem Gebiet sei, dass die Bevölkerung das nötige Vertrauen in die geltende Rechtsordnung gewinnt und die angemessene Berücksichtigung aller Interessen gewährleistet sieht. Dies zu erreichen, müsse die gemeinsame Aufgabe aller in der Schweiz sein, namentlich aber der Verantwortlichen von Staat und Kirchen.

Die Bischöfe hätten vor der Abstimmung immer wieder darauf hingewiesen, dass das Bauverbot für Minarette den bedrängten und verfolgten Christen in islamisch dominierten Ländern nichts nützen wird und der Glaubwürdigkeit ihres Engagements in diesen Ländern schadet, wird in der Erklärung der Bischofskonferenz erinnert. Die Schweizer Bischöfe würden aber alle Menschen guten Willens jetzt erst recht auffordern, sich für die bedrängten und verfolgten Christen einzusetzen und ihnen beizustehen.

Der scheidende Vorsitzende der Schweizer Bischofskonferenz, Diözesanbischof Kurt Koch, erklärte im Gespräch mit "Radio Vatikan", das Ergebnis der Minarett-Abstimmung sei ein Anzeichen für eine Krise christlicher Identität - und nicht nur in der Schweiz.

Wörtlich sagte Bischof Koch: "Die Gesellschaft in Europa ist im Umbruch, die Identität der europäischen Länder ist ins Flottieren geraten. Und jetzt hat man eine Bedrohung gesehen, hat Angst vor der Islamisierung, so dass man plötzlich die eigene Identität sichern will, die man aber in normalen

Zeiten gar nicht so sehr lebt und zum Tragen bringt. Deshalb muss man jetzt auch klar sehen, dass wir zu unserer christlichen Identität auch in einem weltanschauungsneutralen Staat wie der Schweiz zurückfinden müssen.

Nur wenn wir eine positive Identität haben, können wir auf andere zugehen. Wenn wir nur eine negative Identität haben, steht jede Begegnung unter einem schlechten Vorzeichen".

Bischof Koch befürchtet, dass der Ausgang des Minarett-Referendums auch negative Folgen für die Christen in islamisch dominierten Ländern haben wird: "Unser Engagement für die verfolgten und bedrohten Christen in islamischen Ländern wird nicht erleichtert, sondern furchtbar erschwert. Das Ergebnis des Schweizer Referendums nagt an unserer Glaubwürdigkeit".

Integration könne bei einem "Unsichtbarbleiben" der Muslime nicht stattfinden, so Bischof Koch. Und auch das Zusammenleben der Religionen könne dann nicht eingeübt werden. Überhaupt zeige die Abstimmung - wie auch das Straßburger "Kreuz-Urteil" - eine diffuse Angst vor der Sichtbarkeit von Religion überhaupt. Koch: "Das Nein zu den Minaretten ist auch ein Nein zur Sichtbarkeit der Religion.

Und das wird früher oder später Konsequenzen für unsere Kirche haben. Der Entscheid des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofs war ja eine Vorwarnung, dass es nun auch mit den christlichen Zeichen in der Gesellschaft problematisch wird".

Für das Minarettverbot stimmten exakt 1,534.054 Schweizer (57,5 Prozent), dagegen 1,135.108 (42,5 Prozent). An der Abstimmung beteiligte sich knapp mehr als die Hälfte der stimmberechtigten Bürger (53,4 Prozent). Bislang gibt es landesweit vier Minarette; Muslime machen vier Prozent der Schweizer Bevölkerung aus. Laut Medienberichten ist derzeit der Bau von bis zu zwei weiteren Minaretten geplant.

Die **Föderation Islamischer Verbände in der Schweiz** (FIDS) und die **Koordination Islamischer Organisationen Schweiz** warfen den Initiatoren in einer gemeinsamen Erklärung vor, es sei nicht in

erster Linie um Minarette gegangen. Sie äußerten sich zugleich dankbar dafür, dass die Regierung, das Parlament, die meisten Parteien und die "Schwesterreligionen Judentum und Christentum" sich für das Grundrecht der Religionsfreiheit und den Schutz der Minderheiten eingesetzt hätten.

Mit Bestürzung haben **türkische Medien** auf den Ausgang des Schweizer Referendums über den Neubau von Minaretten reagiert. Das Ergebnis der Abstimmung sei ein "Sieg der Islamophobie", heißt es in der Zeitung "Star". Die Zeitung "Taraf" meldete, die Schweizer hätten "Angst vor Minaretten". In "Vatan" ist gar von einem Sieg von "Rassisten" die Rede.

Positiv wird hervorgehoben, dass die christlichen Kirchen und die jüdische Gemeinde in der Schweiz gegen das Minarettverbot eingetreten seien.

Rund 120.000 der etwa 350.000 Muslime in der Schweiz sind Türken.

Viele Zeitungen druckten ein Plakat der Minarett-Gegner ab, auf dem eine Frau im islamischen Schleier vor einem "Wald" aus Minaretten auf der Schweizer Fahne zu sehen war. "Die Schweiz hat den Toleranz-Test nicht bestanden", titelt die Zeitung "Bugün". In der Zeitschrift "Zaman" ließen sich Vertreter der Organisation der Islamischen Konferenz mit den Worten zitieren, das Ergebnis des Referendums sei "Besorgnis erregend". Möglicherweise werde es jetzt Boykottaktionen gegen Schweizer Produkte in islamischen Ländern geben, meldet "Zaman".

Ein spezielles Minarettverbot wäre in Österreich genauso verfassungswidrig wie ein etwaiges Verbot von jüdischen Synagogen oder christlichen Kirchtürmen. Mit dieser Klarstellung und einem Aufruf zum Dialog der Religionen hat sich **Bundespräsident Heinz Fischer** in die aktuelle Debatte um das Schweizer Minarett-Votum eingeschaltet. "Jede gesetzlich anerkannte Religionsgemeinschaft hat in unserem demokratischen Land das Recht, ihren Glauben im Rahmen der Gesetze in Österreich frei und unbehindert zu praktizieren".

Gotteshäuser müssten den Bauvorschriften entsprechen, präzisierte Fischer. Ein spezielles Bauverbot für eine Religion wäre aber "nach herrschender Verfassungslehre nicht zulässig". Fischer rief zu einem respektvollen Umgang mit allen in

Österreich gesetzlich anerkannten Kirchen und Religionsgemeinschaften auf. Im Sinne von Kardinal Franz König müsse man sich außerdem ernsthaft um einen permanenten Dialog zwischen den Religionsgemeinschaften bemühen. Er selbst wolle sich als Bundespräsident mit allen ihm zur Verfügung stehenden Möglichkeiten dafür einsetzen, "dass wir den Weg des friedlichen Dialogs zwischen den verschiedenen Religionen und Glaubensbekenntnissen nicht verlassen", sagte Fischer.

Caritas-Integrationshaus Innsbruck beherbergt sowohl Kapelle als auch Moschee

Im Caritas-Integrationshaus in Innsbruck leben zahlreiche Christen und Muslime friedlich und in gegenseitigem Respekt zusammen. Das Haus beherbergt sowohl eine Kapelle als auch eine Moschee sowie ein Minarett.

Das fünf Meter hohe hölzerne Minarett im Gartenbereich des Integrationshauses geht auf die Aktion "72 Stunden ohne Kompromiss" der Katholischen Jugend Österreichs zurück. Im Jahr 2002 bauten Jugendliche christlichen und muslimischen Glaubens - mit der ausdrücklichen Billigung des damaligen Innsbrucker Bischofs Alois Kothgasser - in drei Tagen einen Glockenturm und das Minarett.

In der katholischen Kapelle des Integrationshauses finden regelmäßig katholische aber auch orthodoxe Gottesdienste statt. Die Muslime würden von einem Imam betreut, der sehr um den Dialog bemüht sei, so der **Caritasdirektor der Diözese Innsbruck, Georg Schärmer**. Dass es in einer kirchlichen Einrichtung auch eine Moschee und ein Minarett gibt, bezeichnete er als "Zeichen der Offenheit und Toleranz". Um Konflikte mit den Anrainern zu vermeiden, sei das Minarett-Projekt bereits im Vorfeld gut kommuniziert und öffentlich vorgestellt worden.

Der Leiter des Integrationshauses, Jussuf Windischer, dazu: "Der einzige Einwand seitens der Anrainer bezog sich auf die Zeiten des Gebetsrufes. Wir einigten uns darauf, dass frühmorgens und nachts kein Ruf ertönt". Das Minarett sei "kein Machtsymbol, sondern Zeichen gegenseitiger Wertschätzung. Man muss vor dem Islam keine Angst haben".

Bern, 30.11.2009 (KAP)